



Petition: SPD Ortsverein Hollenstedt fordert vom Parteivorstand der SPD in der Bundesregierung den Stopp von Rüstungsexporten an Nicht-EU-Staaten und Nicht-NATO-Staaten durchzusetzen. Die Einhaltung des Koalitionsvertrages wird angemahnt.

Auch und gerade in der Zeit nach Orientierung suchender Volksparteien sowie schwieriger innen- und außenpolitischer Instabilitäten ist es notwendig, eine soziale, solidarische und friedensorientierte Sachpolitik zu machen. Es ist notwendig, dass die SPD auch in Fragen der Rüstungspolitik ihr Profil schärft.

Der Parteivorstand der SPD wird vom SPD Ortsverein Hollenstedt aufgefordert, Rüstungsexporte an Nicht-EU-Staaten und Nicht-NATO unverzüglich zu stoppen, d.h.

- alle Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik Deutschland an Nicht-EU-Staaten oder Nicht-NATO-Staaten zu untersagen und diesbezügliche grundsätzliche gesetzliche Regelungen für den Rüstungsexport zu verfassen und
- die Deutsche Rüstungsindustrie auf gesetzlichem Wege zu veranlassen, ihre Geschäftszwecke sozialverträglich und ökologisch nachhaltig so umzustrukturieren, dass durch deutsche Rüstungsexporte nicht mehr zum Leid der Menschen insbesondere in Krisengebieten beigetragen wird.

Laut UNHCR befinden sich auf dem Erdball 60 Millionen Menschen vor Krieg, Konflikten und Verfolgung auf der Flucht. In fast jedem siebten Land der Erde herrscht (Bürger-)Krieg. Deutsche Firmen haben durch ihre Waffenexporte Blut an ihren Händen. Waffenexporte sind mittelbar ursächlich für Fluchtursachen, die bis in die EU und nach Deutschland hineinwirken.

Deutschland ist drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Deutsche Kleinwaffen werden auch in und an Diktaturen und Unrechtsstaaten geliefert. Von Fachleuten wird geschätzt, dass damit seit Ende des 2. Weltkrieges mehr als eine Million Menschen getötet wurden.

Schwere Waffen werden vor allem an Staaten aus dem Nahen und Mittleren Osten und Südostasien geliefert. Insbesondere diese Regionen sind waffenstarrend und tragen durch ihre Instabilität zur Gefährdung des Weltfriedens bei.

Mit welcher Skrupellosigkeit Unterdrückungsstaaten wie Saudi Arabien deutsche Waffen einsetzen zeigt der entsetzliche Krieg im Jemen, der schlimmstes Leid in der dortigen Bevölkerung verursacht.

Die derzeitige deutsche Rüstungsexportpolitik ist ein Irrweg, der immer zu Lasten der Bevölkerung geht. Es ist die Aufgabe der Politik, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die dieses verhindern und sozialverträgliche und nachhaltige Alternativen ermöglicht.



Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass die "Rüstungsexporte für Drittländer weiter eingeschränkt werden, die weder NATO noch EU-Mitgliedsländer sind, noch diesen gleichgestellt (sind). Ergänzend zu den Kleinwaffengrundsätzen vom Mai 2015 sollen Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer exportiert werden"

Wir verlangen, dass dieser Grundsatz vollständig und ohne Ausnahme noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt wird. Auch der Export über Zwischenhändlersysteme ist zu untersagen.

SPD Ortsverein Hollenstedt